

DAS KLEINSTE GEMEINSCHAFTLICHE VIELFACHE

WIE TAUGLICH BLEIBT DAS LINKS-RECHTS-SCHEMA?

manche meinen
rechts und links
kann man nicht
verwechseln.
werch ein illtum.

Ernst Jandel

Obwohl die meist politisch gemeinten Zuordnungen "rechts" oder "links" nach wie vor ständig benutzt werden als Grobmuster für Zugehörigkeiten und Identitäten, lebensweltliche Milieus und politische Gruppierungen, Haltungsmentalitäten und Orientierungen, Selbstbezeichnungen und Verdikte, scheint doch keine rechte oder linke Eindeutigkeit mehr gegeben. Der gelernte DDR-Bürger, wende- und wahlweise von allen Seiten umworben, hat es in der allgemeinen Vergewisserungsnot doppelt schwer, alten Erfahrungen und neueren "Positionierungen" unter jene beliebten Schablonen zu passen.

Offenbar ist aber auch schwerlich auf sie zu verzichten. Sie haben längst den Charakter vager Bewertungen angenommen, ähnlich solch unreflektierten Attributen wie "gut" und "böse", die auch nicht im herkömmlichen Lexikon stehen; mit folgender Affinität übrigens, die unbewußt noch immer ausschlaggebend ist:

"rechts und links, auf Grund des Vorherrschens von Rechtshändigkeit ist bei den indogerman. Völkern die Bed. der linken und rechten Seite uneinheitl.: Rechts ist gut und links böse; so auch in der Bibel, die rechts als die bessere Seite ansieht (Segenszeichen mit der rechten Hand); im Volksglauben ist die linke Seite der Magie zugeordnet." (MEYERs Großes Taschenlexikon in 24 Bd. Mannheim; Wien; Zürich 1990 S. 124).

Sollte eines manchen Linkshändigkeit tatsächlich ein bißchen dazu prädestiniert haben, gut und böse oft anders als vorgegeben zu verstehen, mit dem Überlegenheitsgefühl von Minderheiten zu leben und wider den Stachel zu löcken? Und wie ist es, wenn er nun von links kommt - der Stachel des bedrückenden Systems, das sich selbst als links definiert -, kommt der kritische Zeitgenosse dann eher rechts zu stehen? Die Einheitspartei kraft ihrer jahrzehntelang siegreichen Mission im Namen der Arbeiterklasse drohte allerwege damit: Wer nicht vorbehaltlos für uns ist, steht "objektiv" rechts. Leicht konnte er zum Feind befördert werden und wurde eingeordnet unter die operativ zu bearbeitenden Figuren "der PUT" (Politische Untergrundtätigkeit A.R.) im Verantwortungsbereich der entsprechenden Dienststellen des MfS. Somit war er zu behandeln als eine "Feindperson, die auf der Basis ihrer feindlich-negativen Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR mit ihren Handlungen und Aktivitäten das Ziel verfolgt, die staatliche und öffentliche Ordnung bzw. die Tätigkeit staatlicher Organe, Einrichtungen und Organisationen herabzuwürdigen, zu beeinträchtigen, zu stören und verächtlich zu machen", was den "Verdacht der Verletzung des Straftatbestandes des § 220 (2) StGB begründet" (Akte OPK "Abt" Reg.-Nr. Erfurt, IX 665/89).

In der Öffentlichkeit läßt sich zumindest ein dreifach abgestufter Gebrauch des Links-Rechts-Strickmusters finden.

Variante 1:

"Bist du ein Linker?": Junger Mann zusammengeschlagen" (Überschrift TLZ 15.2.93). "Rechte" und "Linke" werden hier angeführt als Selbstbezeichnungen von Jugendgruppen, die miteinander in Fehde liegen und dem unbeschriebenen Normalbürger bedrohlich werden. Der Thüringer Verfassungsschutz etwa legt dabei größten Wert auf interpretatorische Ausgewogenheiten: "Gewalt von rechts und links - Der Verfassungsschutz in Thüringen befindet sich noch im Aufbau" (FAZ 24.5.93).

Opfer verlieren automatisch den ungeschützten Status des Normalbürgers und werden der jeweiligen Gengclique zugeordnet, so daß das Gros der Bevölkerung sich stets unberührt fühlen kann und Be-

troffene an seine Ränder verweist: "Weshalb mußt du auch so eine linke Frisur tragen!" usw. Diese Zuordnungen gewinnen ihre Plausibilität dann im nachhinein dadurch, daß die Opfer nur in den zugeordneten Gruppierungen solidarische Annahme finden.

Variante 2:

"Deutschland driftet nach rechts" (Inserate des Frankfurter Aufrufs vom 25.9.1992). Politische Vereinigungen oder Aktionsgruppen, die sich öffentlich für aktuelle gesellschaftliche Themen und Problemlösungen engagieren, konstatieren bekanntlich häufiger Gefahren und Trends rechtslastiger Entwicklungen.

Variante 3:

In der intellektuellen Debatte zieht der "Da-war-doch-noch-was-ganz-anderes-Effekt" Neugier auf sich. Reflexionen wie die von HANS-GERD JASCHKE "Nationalismus und Ethnopluralismus. Zum Wiederaufleben von Ideen der 'Konservativen Revolution'" (aus Politik und Zeitgeschichte B 3-4/92, S. 3-10) finden mit Recht ihr Interesse. Und auf dem Boulevard wird der Neokonservatismus als die neue Avantgarde vorgestellt: "Der Geist steht rechts, Rechts-sein liegt im Trend. Bislang klar voneinander geschiedene Fronten verschwimmen. Linke Prominenz von gestern wie KLAUS RAINER RÖHL outet sich in rechten Blättern" usw. ("Die konservative Revolution - Gefahr für die Republik oder Medienspektakel?" in "Das Plateau" Nr. 24, Aug. 1994)

Scheinbar quer zum Schema behaupten sich inzwischen auch okkult-esoterische Geschichtsvorstellungen in anspruchsvollen Zeitschriften. In der internationalen Zeitschrift für kulturelle Kommunikation "VIA REGIA", zweisprachig herausgegeben vom Thüringer Kulturbund und der Gorbatschow-Stiftung in Moskau, schreibt etwa VALENTIN SIDOROW vom "Kommenden Reich", "Lenins kosmischem Geheimnis", "Karma - Komplikationen", Nostradamus und Rußland "als führendem Land", unter "dem Schutz des Wassermannes" (VIA REGIA 15/1994 S. 56ff).

Alles ist wieder möglich - rechts oder links?

Sich über rechts und links unter deutschen Verhältnissen verständigen zu wollen, heißt, Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten in Ost und West wahrzunehmen. Die Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten im Osten hängen mit denen im Westen auf vertrackte Weise zusammen.

Es ist oft festgestellt worden, daß die quasi magische Zahl 1968 im Osten vorrangig an die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings und der aufblühenden Hoffnungen auf einen demokratisierbaren Staatssozialismus erinnert und erst in zweiter Linie an all das, was im Westen alles los war und wovon man hinter der Mauer kaum unmittelbare Anschauung hatte. Und trotzdem hat eine wichtige Minderheit von Intellektuellen mit und ohne Studienzulassung ausgewählte Impulse aus der westeuropäischen emanzipatorischen 68er Bewegung im Kopf aufgesogen - vermittelt vor allem in wachen Refugien evangelischer und katholischer Studenten-Gemeinden oder in kleinen privaten Zirkeln. Freilich konnten sie sich nur ausnahmsweise in Großstädten auch subkulturell ausleben, vom selten mitgeträumten langen Marsch durch die Institutionen ganz zu schweigen. Diese DDR-spezifische Haltung wies den Schimpf, "nur reaktionär" zu sein, weit von sich und verstand sich als "oppositionell" im Sinne "kritischer Solidarität" für einen "verbesserlichen Sozialismus" (Dr. HEINO FALCKE auf der Bundessynode der Ev. Kirchen in der DDR 1972).

Im Nachgang fällt es nicht leicht zu erwägen, was jeweils für den anderen wohl gewichtiger war:

- die irgendwie linke Zielvorstellung von einer gerechteren, freiheitlichen, partizipatorischen, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft, die nicht puren Gewinninteressen überlassen bleiben darf und den globalen Überlebensfragen der Menschheit zu begegnen vermöchte;
- oder das Revoltieren gegen die umfassende vormundschaftliche Befürsorgung durch Partei- und Staatsapparat;
- oder das Berufen auf die entsprechenden idealtypischen Ansätze in der marxistisch-leninistischen Ideologie bzw. auf alle Ideen aus dem "humanistischen Erbe", welches erlaubt und hinreichend bekannt war;

- oder das strategische Reden in der Sprache der Sieger, die kein Anliegen gelten ließen, welches nicht per Schriftbeweis aus "Klassiker"-Werken oder tagespolitischen Funktionärsreden abzusichern gewesen wäre;

- oder das mehr oder weniger bewußte Fasziniertsein durch westliches Lebensgefühl und alles, was damit symbolhaft und unerreichbar verknüpft war an Farben, Formen, Gerüchen, an Offenheit, Kritik- und Sprachfähigkeit, an Toleranzen und Lebensstilen, an individualistischen Selbstverwirklichungschancen und Bewegungsfreiheiten, an Studienmöglichkeiten und Berufsbildern ohne weltanschauliche Devotion und verlängertem Militärdienst sowie außerhalb von Ingenieurtechnik, NVA-Laufbahn oder Volksbildung;

- oder und nicht zuletzt das utopische Überwinden-wollen von Mangelwirtschaft, Ineffizienz, Naturzerstörung und umgreifender Lethargie in der auf sich selbst fixierten "größten DDR auf der ganzen Welt" (oft kolportierter Kabarettssatz).

Ideologiekritisch und überaus erhellend und sehr schmerzhaft ist die Sicht eines scharfen Beobachters, der den deutsch-deutschen Vergleich führt, ohne selbst in ihm befangen zu sein. JAN FAKTOR hat über "Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR" unübertreffliche Sätze geschrieben:

"Von vielen DDR-Linken wurden die intellektuellen Protagonisten der tschechischen Opposition bewundert und als Vorbilder empfunden: Havel, Dubcek, Pelikán oder Mlynár. Mir tat es manchmal richtig weh, weil ich wußte, daß dazu oft nur Wünsche oder fehlende Informationen beigetragen haben konnten. Auf wichtige Unterschiede wurde nicht geachtet, z.B. darauf, daß man das Gros der tschechischen Intellektuellen nach dem Schock von '68 viel eher als "bürgerlich" hätte definieren müssen; auf jeden Fall nicht unbedingt als links, wie es stillschweigend dauernd geschah. Für mich als Tschechen, der seit 1978 in Ostberlin lebte und Freunde unter den DDR-Linken hatte, waren ihre Eigenarten nicht so schwer zu durchschauen. Bei Gesprächen mit ihnen mußte ich immer mitphantasieren, wie absurd sich manche ihrer Ansichten in Prag anhören würden.

In der DDR lebten viele Hoffnungen, die anderswo im Ostblock mehr oder weniger tot waren, munter weiter. Und zwar nicht nur in den Köpfen der älteren, sondern auch der jungen Linken. Was mir schon damals auffiel: Der besondere DDR-Blick auf die Dinge war nicht nur unwesentlich "verschoben"; man konnte ihn nicht einfach nur aus dem Umstand erklären, daß hier "zu lange" keine Panzer gegen Menschen und Reformen aufgefahren waren. Dieser DDR-Blick war auffällig anders. Bei den meisten, die ich kennenlernte, vermißte ich die mir vertrauten Blicke, wie ich sie von den gebrannten und illusionslosen Osteuropäern kannte. Meine Ostberliner Freunde hatten noch eine Gläubigkeit unverwechselbarer Prägung. Aber diese Gläubigkeit war nicht der Erfolg der Erziehung oder der Propaganda - da gab es keine Zweifel; ich kannte ja die Leute gut genug. Einige von ihnen waren aus ihren Instituten hinausgeworfen worden und arbeiteten in Fabriken. Viele haben bewußt auf eine Karriere verzichtet. Ihre Gläubigkeit hatte also nichts mit Angepaßtheit zu tun; sie war aber auch nicht nur - das wurde mir nach und nach klar - auf dem eigenen geistigen Boden gewachsen.

Diese Gläubigkeit kam - wie auch die Musik oder die Parkas oder der wirklich klebende "tesa-film", "Kennzeichen D", "Weltspiegel" und vieles mehr - aus dem Westen. Sie hatte ein Standbein in den Diskussionszirkeln der westdeutschen Linken, in der APO oder in kommunistischen Organisationen oder anderen (z.B. anarchistischen) Gruppen; diese Gläubigkeit nährte sich u.a. von der Wut der West-Linken auf deren eigenes politisches System, sie nährte sich aus dem Wissen über die globalen Probleme in der Welt. Aber auch aus der Auch-Ohnmacht, aus dem Auch-nicht-glücklich-Sein der Leute, die man dort im Westen persönlich kannte. Oft waren das sehr nahe Freunde von früher. Und zusätzlich gefüttert wurde diese Gläubigkeit durch immer neue (neo)marxistische oder links-alternative politische Literatur, die in die DDR geschmuggelt wurde." (Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 10/94 S. 30).

Außerhalb Ostberlins und eines begrenzten Umfelds etwa der Leipziger Karl-Marx-Universität konnte sich eine linksintellektuelle Szene westeuropäischer Prägung nur ansatzweise formieren. Durch die perfektionistisch repressive Niederhaltung elementarster Formen öffentlicher Kommunikation wurden lebensnotwendige Prozesse der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung der unterschiedlichen Gruppen und Kreise erfolgreich verhindert. Gemeinsame Ideologien konnten sich nicht bilden. Auch

die gegenseitige Verschränkung mit der entstehenden alternativen Kultur- und Jugendszene gelang nur zufällig.

Westdeutsche Soziologen wie KARL-WERNER BRAND glaubten sogar diagnostizieren zu können: "In jedem Fall fehlt in den mittelosteuropäischen Ländern der im Westen, im Gefolge des umfassenden emanzipativen Aufbruchs der 1960er Jahre ... sich entwickelnde politisch-kulturelle Nährboden, das dichte Wurzelwerk an links-libertären Initiativen, politischen Gruppierungen und Milieus, die an der grundlegenden Veränderung der alltäglichen Lebensverhältnisse arbeiten." (BRAND, Karl-Werner "Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung" in Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen Heft 2/1990 S. 11).

In der realsozialistischen Welt fehlten die bislang wissenschaftlich festgestellten, angeblich unabdingbaren Voraussetzungen wie postmaterialistischer (grüner) Wertewandel, neue Berufsbilder im tertiären Bereich sowie differenzierte Konsumtion, touristische und mediale Erfahrungen. Woher kamen aber dann in jenem Herbst '89 so plötzlich die vielen Gruppen und Aktivisten der Bürgerbewegungen, die von heute aus gesehen sämtlich mit links-liberalen bis links-alternativen Politikansätzen begannen, ohne freilich die besetzten oder fremden Begriffe auf sich selber anzuwenden? (Ausnahme war die Böhleener Plattform, die sich konsequent zur Vereinigten Linken entwickelte.)

Kristallisationskerne der Bürgerbewegungen waren die sozialetischen Gruppen unter dem Dach der evangelischen Kirchen, in "ihrem Umfeld organisierte sich eine neue Linke" (EHRHART NEUBERT "Eine protestantische Revolution", KONTEXTverlag 1990, S. 95). Allerdings wurde hier keineswegs nur taktisch der kirchliche Freiraum genutzt. Die innere Nähe zur Kirche, zu Kirche und christlichem Glauben, beruhte bei vielen auf dem praktizierten Zusammenhang ihres Christ-seins und ihres gesellschaftlichen Engagements. Im übrigen war und ist auch in den Kirchen das RECHTS-LINKS-Schema durchaus im Schwange. Es bezeichnet ungefähr eher traditionellere oder eher progressivere theologische Richtungen, wobei sogenannte Linke ein vorzugsweise kritisches Verhältnis zur Obrigkeit einnahmen und nur in seltensten Fällen sich staatskonformistisch auf das DDR-System bezogen.

Während das jüdische Milieu durch den Nationalsozialismus weithin liquidiert worden war, entwickelte sich in größeren Städten der "protestantische Rest des früheren bildungsbürgerlichen Milieus" (VESTER, MICHAEL, Hrsg: "Soziale Milieus in Ostdeutschland" Köln 1995 S. 199) zum Träger des progressiven Protestpotentials in der DDR-Gesellschaft.

"Als einzige von der SED unabhängige Großorganisation stellten die Kirchen, insbesondere die evangelischen, ... das zahlenmäßig größte Potential organisierter gesellschaftlicher Bestrebungen, die sich, wenngleich in unterschiedlichem Maße, dem Alleinvertretungsanspruch der Partei nicht unterwarfen." (KNABE, HUBERTUS "Kirche, Intellektuelle, unorganisierter Protest" in LINDNER, BERND, Hrsg. "Zum Herbst '89 - Demokratische Bewegung in der DDR", Begleitbuch zur Ausstellung, Forum Verlag Leipzig 1994 S. 22).

Die überlieferten Werte ihrer Sozialmoral "wie (Konsum-)Askese, Bescheidenheit, Einfachheit, Streben nach Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, ließen sich auch gut mit ökologischen Forderungen und Orientierungen in Einklang bringen. Dies fand unter der Überschrift 'Bewahrung der Schöpfung' im konziliaren Prozeß seine (kirchenübergreifende) Ausformung. Das politische Engagement speiste sich sehr stark aus christlichen Motiven und fand in den wenigen praktischen Arbeiten (Baumpflanzaktionen, Betreuung von Biotopen) seinen Ausdruck. Zentrales Motiv des Engagements war, in der Gruppe das zu leben, was man in der Gesellschaft erstrebte: ein kooperatives, solidarisches, offenes und nicht-hierarchisches Klima. Den beschränkten Möglichkeiten in der Gesellschaft wurde die Selbsterfahrung in der Gruppe, der gesellschaftlichen Ausgrenzung wurde die Gruppensolidarität entgegengestellt. Rückblickend sehen viele der Ehemaligen die Gruppen als Schule der Demokratie." (Vester, S. 205). Besser gesagt: der direkten Demokratie. Die notwendige basisdemokratische Arbeitsform stand nicht nur im Widerspruch zum autoritären sog. "demokratischen Zentralismus" des Staates bzw. der Partei, sondern führte einen Teil der Basisgruppenleute auch zur bleibenden Skepsis gegenüber den ausdifferenzierten Spielformen des westlichen Parlamentarismus.

Die Kirche als Maklerin zur Macht wurde für die ungeduldig drängenden Gruppen auch selbst häufig "Austragungsfeld für Generationenkonflikte zwischen den konventionell orientierten bildungsbürgerlichen Eltern (die ängstlich mehr Anpassung forderten A.R.) und den alternativ orientierten Kindern.

Demnach sind auch viele der Kinder von christlichen Werten geprägt, sie sind 'alternative Protestanten' (ebd. S. 205f). Oft haben sie ein gespaltenes Verhältnis zur verfaßten Kirche, ein unfehlbares Indiz traditionell linkslibertärer Institutionskritik. Ähnliches gilt für den friedensethischen Anspruch der ev. Kirchen und der 25jährigen kritischen Umsetzung durch Bausoldaten und Friedensgruppen angesichts zunehmender Militarisierung der DDR-Gesellschaft.

Der ökumenische konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung hatte 1988 eine beispiellose basisdemokratische Verständigung ausgelöst. Ca. 12.000 "Eingaben" wurden zu konzeptionellen Reformvorstellungen für alle Bereiche der DDR-Gesellschaft verdichtet. Daraus wurden wenig später die Grundlagenpapiere der in der Wende blitzschnell gegründeten Bürgerbewegungen und Parteien.

In diesem auf Konsens angelegten Kontext wäre die Anwendung des LINKS-RECHTS-Schemas völlig undenkbar, ja gefährlich gewesen. Jeder Anschein konterrevolutionärer Bestrebungen oder revisionistischer Konkurrenz verbot sich in vielen Köpfen und allen Äußerungen ganz von selbst. Noch gegen Jahresende 1989 versuchten z.B. sowohl die Bürgerbewegung DEMOKRATISCHER AUFBRUCH als auch die Bürgerbewegung das NEUE FORUM, sich bewußt diesen festgefügt Koordinaten des westlichen Parteiensystems zu entziehen und einen eigenständigen bürgerbewegten Politikansatz mit dem gleichen Wortspiel zu behaupten: "Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, wir sind vorn". Durch den im Osten früh eingeschlagenen Pflock einer neuen sozialdemokratischen Partei einerseits und die schließlich von der Wählermehrheit honorierte traditionelle Reaktivierung der Blockparteien als anerkannter Pendant zu CDU und FDP andererseits wurde die angleichende "Positionierung" der Bewegungen und Personen unausweichlich.

Rückblickend urteilte der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs Dr. EDELBERT RICHTER - z.Z. MdB (SPD) - treffend: "Ich teilte *nicht* die Ansichten derer, die sich als Linke moralisierend und ästhetisierend über die Bedürfnisse der Bevölkerung hinwegsetzen wollten und "Für unser Land" eintraten!

Noch weniger stand es freilich den Linken in der Bundesrepublik zu, sich über die Menschen bei uns zu erheben (siehe Schily mit seiner Banane) oder den Teufel des Nationalismus an die Wand zu malen. Denn so selbstlos war ja keiner von ihnen gewesen, daß er sich am 'Aufbau des Sozialismus' bei uns hatte beteiligen wollen. Und fügte es sich nicht ausgezeichnet, daß man, indem man für die Eigenständigkeit der armen DDR eintrat, faktisch zugleich den Reichtum der Bundesrepublik gegen die begehrtlichen Ossi verteidigte? Viele Linke haben einfach nicht begriffen, daß das System, das da in Frage gestellt wurde, auch nicht im Ansatz sozialistisch war, sondern ein System nachholender Industrialisierung mit despotischem Erbe, das den Mitteleuropäern oktroyiert worden war. Wenn es nun zusammenbrach, so bedeutete das im Grunde, daß plötzlich Entwicklungsländer vor der Tür der westlichen Industrieländer standen und um Hilfe bettelten, also eigentlich eine enorme Herausforderung für die Linke! Jetzt wurde aus dem abstrakten der konkrete Nächste, wurde es ernst mit der Parteinahme für die Verdammten dieser Erde! Was aber tat die westliche Linke? Sie mokierte sich über einen Nationalismus, den sie doch sonst in der Dritten Welt als legitim anerkannte. Oder sie entdeckte ihre gefährdeten Besitzstände an demokratischer politischer Kultur, die sie doch früher auch auf ihre ökonomische Basis hin überprüft hatte ... Jedenfalls wich sie der Herausforderung aus." (RICHTER, EDELBERT "Erlangte Einheit. Verfehlte Identität - Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik" edition KONTEXT 1991 Berlin S. 41f) Also liefen auch DIE GRÜNEN im Westen nur den Gegebenheiten hinterher, ließen sich dann jedoch immerhin auf das Risiko eines inneren Vereinigungsprozesses ein, bis hin zur Namensänderung zugunsten der kleinen verbliebenen Mitglieder-schar von BÜNDNIS 90.

Ungeachtet subjektiver, sozial bedingter und milieuspezifischer Neigungen werden breite ostdeutsche Kreise nach wie vor durch unterschiedliche Motive davon abgehalten, sich eindeutig grob links oder rechts zu definieren oder gar zu engagieren. Enttäuschungen und soziale Verunsicherungen im Zuge des Einigungsprozesses werfen viele sehr vereinzelt auf sich selbst zurück. Sie lassen unberechenbar keine stabilen Präferenzen erkennen und versuchen privatisierend "keine Partei mehr zu nehmen". Wer vormals aus "freiwilligem Zwang" mit Anpassung reagiert hat, leistet sich jetzt politische Abstinenz. Die anderen gesellschaftlichen Erfahrungen führen mit Recht zu Vorbehalten im Anschlußverfahren.

Manche warten auch erst einmal ab. NEUBERT beobachtete in "der DDR ein eigenartiges rechtes Bewußtsein an der Haltung zur Organisation der Gesellschaft, zur Lebensweise und dem Versuch, individuelle Unsicherheitserfahrungen auf andere Personen und Gruppen umzuleiten ... Partikuläre Identitäten, Nationales und Regionales, Konfessionelles und Ideologisches, individuelle Sicherheitskonzepte und engherzige Moralitäten bekamen in rechter Haltung und Gesinnung ein Übergewicht vor den tatsächlichen globalen Gefährdungen ... Rechte Gesinnung sah die eigenen Belange absolut und anderes als gefährlich" (NEUBERT, EHRHART ebd. S. 95).

Man kann davon ausgehen, daß etwa 75 % all derer, die heute Arbeit haben, ihre Berufsrolle gewechselt haben. Diese unbeachtete sozialpsychologische Erschütterung muß neben allen strukturellen, konsumptiven u.a. Veränderungen erst einmal verarbeitet werden. Ein Teil derer, die oppositionell engagiert waren, sind zudem noch auf ihre Verletzungen fixiert. Die einen trauern ihren zerfallenen Bezugsgruppen oder ihren hochfliegenden Visionen hinterher. Die anderen können nicht vergessen, daß sich in allen westdeutschen Parteien nur Minderheiten für ihre Situation interessiert haben. Es waren wohl nicht gerade "die Linkeren" bei den GRÜNEN, die mühsam Kontakte zur Umweltbewegung in der DDR aufnahmen. Und es waren wohl eher "die Linkeren" in der Konrad-Adenauer-Stiftung, die klammheimlich über Ostpfarrer Treffen mit hiesigen Lehrern organisierten. Hinzu kommt, daß sich linke Denkverbote als unwirksam erwiesen haben ("Wer über Wiedervereinigung nachdenkt, ist rechts") und daß angesichts durchgreifender Krisenerfahrung die Tabuisierung genuin rechter Lösungsvorstellungen allmählich nachläßt. Kann der Verfassungspatriotismus alle Deutschen ausreichend motivieren, den Solidarbeitrag zu zahlen? Wird ein qualitatives Wachstumsdenken den erschöpften Fortschrittsglauben ersetzen können oder wird die Nation statt dessen für immer mehr Menschen die neue Legitimationsformel der Moderne, wie es vielerorts nicht nur nach dem Verfall östlicher Regimes bereits blutiger Ernst wird? Welche Kriterien gelten für die praktikablen Kulturverfahren, um in einer modernen Informations- und Mediengesellschaft die notwendige Homogenität herzustellen, ohne die keine Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft verträglich existieren kann? Das "kleinste gemeinschaftliche Vielfache" kann und darf aus den sozialen, religiösen, rassischen und anderen Identitäten und Milieus nicht mit staatlicher Gewalt hervorgebracht werden. In, mit und durch allen Pluralismus muß von allen Seiten am gesellschaftlichen Wertekonsens gearbeitet werden. In einer Situation, in der der bislang praktizierte soziale Fortschritt durch Besitzstandswahrung mittelbar zur Entsolidarisierung der Gesellschaft führt, und sich sogar das Klima ändert durch pures Weitermachen wie bisher, läßt sich das LINKS-RECHTS-Raster nicht mehr eindeutig parteipolitisch und substantiell anwenden. Auf der einen Seite drücken sich linke und rechte Positionen heute am ehesten in einem bestimmten sozialpsychologischen Verhalten und Lebensstil aus; auf der anderen Seite aber finden sich linke und rechte Positionen kreuzweise und überall. Linke Orientierungen richten sich dabei insbesondere auf benachteiligte Gruppen, lokale und globale Zusammenhänge des Überlebens, die großen Postulate der französischen Revolution und Aufklärung, eine eher kosmopolitische Haltung, eine grundsätzliche Offenheit für Fremdes und Neues in der Hoffnung auf Veränderbarkeit der Welt. Rechte Haltungsmuster hingegen sind stärker auf Ordnungen und den Schutz von Institutionen bezogen, neigen entsprechend zum starken Staat und zu einer solchen Sicherheitspolitik, zu zentralen Strukturen und Besitzstandsdenken, betonen das Eigene im Gegenüber zum Fremden.

Der Weimarer Architekturprofessor OLAF WEBER hat (in einem spontanen Beitrag während einer einschlägigen Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen im Februar 1995) vorgeschlagen, die RECHTS-LINKS-Zuordnungen mit vertikaler (rechts) und horizontaler (links) Dimension unter dem Aspekt der Verteilung materieller Güter einerseits und Information zur Entscheidungsfähigkeit andererseits zu deuten. Im rückblickenden Ost-West-Vergleich käme demnach der DDR hinsichtlich der materiellen Verteilungslegalität ein linkes Prädikat zu, während das autoritäre politische System mangels Gleichheit und Partizipation als rechts zu bezeichnen sei; die alte BRD vergleichsweise umgekehrt.

So sehr es wünschenswert wäre, das RECHTS-LINKS-Schema im Sinne einer übergreifenden, sachbezogenen, sozialökologischen Verantwortungsethik politisch normgebend zu überwinden, so sehr muß aber auch klar sein, daß idealtypische Denkspiele für eine Geschichtsstunde Null nicht weiterhelfen. Vielmehr gilt es konstruktiv anzuknüpfen an den vorhandenen Orientierungsmustern und Parteien, zumal die emotional-soziale Dimension der jeweiligen Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppenidentitäten und Milieus durchschlagender wirksam wird als alle Theorie. Zudem verbirgt sich hinter harmoniesüchtigen Verbrüderungsideen häufig auch die schwärmerische Sehnsucht nach dem billi-

gen Ausgleich, den der Kluge und Starke strahlend ohne alles Parteigezänk herbeizuführen möchte; mithin ein elitärer oder gar faschistoider Traum.

Nichtsdestotrotz wird es auch hierzulande nach dem Zerbrechen der zementierten Bipolarität des Kalten Krieges neue Ansätze in überraschenden Koalitionen geben. Vor allem fehlt zu links und rechts das Dritte: die Mitte. Symptomträger dafür, daß in die bundesdeutsche Parteienlandschaft in diese Richtung Bewegung kommt, sind DIE GRÜNEN, während der hessische Koalitionsfreund, Ministerpräsident EICHLER schulterklopfend von der "moderneren bürgerlichen Partei" spricht, schreibt HEINER GEIßLER in seinem neuen Buch "Gefährlicher Sieg": "Die Grünen sind die besseren Liberalen". Ist die beste Alternative wirklich weder links noch rechts zu finden?

Aribert Rothe

Der Autor

Aribert Rothe wurde 1952 in Dresden geboren. Er studierte Theologie an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, anschließend Vikar und Predigerkolleg in Leipzig. Von 1984-92 war Aribert Rothe Stadtjugendpfarrer in Erfurt. 1989 gehörte er zu den Mitbegründern des Demokratischen Aufbruchs, des Erfurter Bürgerrats für Umweltschutz und der Grünen Liga. Seit 1991 ist er Mitglied des MDR-Rundfunkrates und seit 1992 Referent im Konsistorium der Ev. Kirchenprovinz für Ev. Erwachsenenbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 25 1995,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>